Bericht über die Entwicklung in Polen

Oktober 1958

Seite:

A. Innere Entwicklung 1

I. Politische Ereignisse 1

1) GOMULKA sitzt fest im Sattel 1

2) Das XII. Plenum des ZK der PZPR 1

3) Aufgaben der Schulen beim Aufbau des Sozialismus 7

II. Wirtschaft 11

1) Mehr Interesse für die Kollektivfarmen 11

2) Staatsfarmen sollen rentabel werden 11

3) Schätzung der Ernteergebnisse 12

4) Arbeiterselbstverwaltung 13

5) Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung Polens in den Jahren 1959-1965 16

III. Kulturelle und soziale Probleme 21

1) Fernsehen soll die Rettung bringen 21

2) Wissenschaft frei, aber auf der Basis des Marxismus 22

B. Polen und Ausland

"Unser deutscher Verbündeter" 23

- - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) GOMULKA sitzt fest im Sattel

Die Position GOMULKAs in der Partei ist fest. Nach zwei Jahren andauerender Kämpfe verschiedener Parteifraktionen, nach vielen Wechseln der Fronten, nachdem die immer stärker werdende "realistische" Interpretation des "polnischen Oktobers" eine klare Mehrheit im ZK für die den sowjetischen Wünschen weitgehendst angepaßte GOMULKA-Linie ergeben hat, daß jetzt die Zeit reif sei, um zu dem Schritt überzugehen, der seine starke Position in der Partei endgültig festigen soll: Für März 1959 wurde der neue Parteitag der PZPR einberufen.

Wir haben die Einigung der meisten ZK-Fraktionen auf der Basis der stark "reformierten"Oktoberlinie hier schon vor ein paar Wochen angezeigt. Eine Angleichung der jetzt herauskristallisierten GOMULKA-Linie an die Ansichten der Befürworter des stark "gemäßigten" Oktobers hat alle Hindernisse, die GOMULKA früher die Berufung des Parteitages als riskant erschienen ließen, beseitigt.

Auch die Opposition in großen Teilen des Parteiapparates ist auf ein solches Maß reduziert worden, daß GOMULKA eine eventuelle Auseinandersetzung bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag und während seiner Tagungen nicht zu befürchten braucht. Im Parteiapparat gibt es wohl mehr Stalinisten als im ZK und sie haben mehr Möglichkeiten, sich zu tarnen. Aber viele von ihnen haben die Aussichtslosigkeiten eines weiteren Kampfes gegen den Parteichef - der seit einer gewissen Zeit offensichtlich die Gunst der sowjetischen Herrscher genießt - begriffen. GOMULKA muß auf ein paar Demonstrationen seitens der Stalinisten während des Parteitages vorbereitet sein, sie werden ihn aber kaum in Verlegenheit bringen.

Zwei Jahre hat es gedauert, bis GOMULKA seine zahlreichen Gegner beschwichtigt oder hinausmanövriert hat. Der Preis für die Festigung der Position GOMULKAs war eine ziemlich weitgehende Abkehr von den ursprünglichen Oktoberpositionen. Man hat nicht den Eindruck, als ob es GOMULKA schwer gefallen wäre, diesen Preis zu zahlen. Allerdings mußte dieser Preis vom gesamten polnischen Volk mitbezahlt werden. Die Konzessionen, die GOMULKA machen mußte, um dorthin zu gelangen, wo er sich jetzt befindet, bezogen sich nicht nur auf interne Parteiprobleme.

Der Kampf gegen die Revisionisten war gleichzeitig ein Kampf gegen die Freiheit der Kulturschaffenden in Polen. Streikverbot, Einschränkung der Kompetenzen der Arbeiterselbstverwaltung, Verschärfung der Beziehungen zur Kirche usw. - das sind alles Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das Leben der breiten Schichten des polnischen Volkes auswirken. Diese Massen, die vor zwei Jahren "den Frühling im Oktober" erlebten, sind inzwischen wieder um viele Illusionen ärmer geworden . Es gab eine Zeit während und nach dem Oktoberumschwung, als sich fast die gesamte Stärke der Position GOMULKAs auf die unbeschränkte Unterstützung der polnischen Volksmassen stützte. Es ist gut für den polnischen Parteichef, daß er auf die Sympathien der Bevölkerung heute nicht in dem Maße angewiesen ist, wie vor zwei Jahren.

2) Das XII. Plenum des ZK der PZPR

Mitte Oktober fand in Warschau die XII. Plenarsitzung des ZK der Partei statt. Das Referat des I. Sekretärs des ZK war den Aufgaben der Parteiorganisationen vor dem III. Parteitag gewidmet. Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Führung der polnischen Partei das Datum des Parteikongresses so festgesetzt, daß er ca zwei Monate nach dem sowjetischen Parteitag in Moskau, im Januar 1959, stattfinden soll.

In seinem Referat widmete GOMULKA der Konsolidierung der Partei vielen Raum. Er sagte u.a.:

> "Ein gutes Stück Weg hat unsere Partei zurücklegen müssen, bis es soweit war, daß das ZK den III. Parteitag berufen konnte. Ich möchte daran erinnern, daß wir den Beschluß über die Einberufung des Parteitages schon im vergangenen Jahr auf dem IX. Plenum gefaßt hatten, ihn aber auf dem X. Plenum wieder annullieren mussten. Die Situation , die damals in der Partei herrschte, berechtigte nicht zu der Annahme, daß der Kongreß eine schöpferische Rolle im Leben der Partei, der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes hätte spielen können."
>
> "Heute können wir schon sagen, daß sich die Partei nicht mehr in der Sackgasse interner Kämpfe und Zwistigkeiten befindet, daß sich ihre Reihen enger geschlossen haben, daß sie sich ideologisch, politisch und organisatorisch gefestigt hat...
>
> Das X. Plenum brach mit jener gewissen Toleranz, die bis dahin von der

Parteiführung denjenigen gegenüber geübt wurde, die sich aus revisionistischen oder dogmatischen Positionen gegen die Parteibeschlüsse auflehnten. Wirrwarr in der Partei verursachte vor allem der Revisionismus, der auf dem X. Plenum mit Recht als die größte Gefahr für die Partei bezeichnet wurde. Jetzt wurde ein Klima geschaffen, in dem der Revisionismus nicht mehr gedeihen kann, obwohl der Kampf mit ihm noch nicht abgeschlossen ist....

Nach dem X. Plenum schloß man 792 Personen aus den Parteireihen wegen revisionistischer und parteischädigender Tätigkeit aus. Ein Teil der Revisionisten hat von sich aus die Partei verlassen, da er das gleiche Schicksal befürchtet. Ein Teil der Menschen, die früher revisionistische Ansichten verbreiteten, schwenkte auf die Parteilinie um. Ohne Zweifel gibt es aber in der Partei noch solche, die ihre revisionistischen Ansichten behalten haben und sie nur nicht nach außen hin zeigen. Menschen, für die der Sozialismus weit entfernt und fremd geworden ist, die seinen heutigen Inhalt verneinen und seine morgigen Perspektiven verloren haben, solche Leute, wenn sie auch ihre Ansichten nicht verbreiten, werden früher oder später ausserhalb der Partei stehen. Anders kann es nicht sein...

In der heutigen Situation muß sich die Hauptaufmerksamkeit der Partei auf die vollständige Liquidierung der 'postrevisionistischen Dünste' die sich noch in der Atmosphäre befinden, und die viele Gruppen noch atmen, konzentrieren. Diese Dünste trüben bis heute das Schaffen und den Ehrgeiz vieler Schriftsteller und Literaten, die sich aus diesem Grunde von der Arbeiterklasse entfernen. Neben der gesunden Luft merkt man diesen Dunst auf den Hochschulen unter der studierenden Jugend, unter den Professoren und Wissenschaftlern. Der Dunst wird auch manchmal von den Zuschauern während der Theater- und Kinovorführungen eingeatmet. Ihn atmen noch manche Journalisten ein, besonders die von den illustrierten Zeitschriften (das erkennt man so leicht nicht an dem, was sie schreiben, sondern was sie verschweigen). Diese Dünste kann man auch woanders vorfinden...

...Den besten Beweis einer gesunden, antirevisionistischen Haltung der ganzen Partei brachte die Unterstützung für die Stellungnahme unserer Parteiführung gegenüber dem revisionistischen Programm, das durch den VII. Parteitag des jugoslawischen Kommunistenbundes beschlossen wurde...

...Auch diejenigen, die die Politik unserer Partei aus den Positionen des gestrigen Tages angegriffen haben - die Träger der dogmatisch-

sektiererischen Tendenzen - konnten sich nicht durchsetzen...

Mit großer Befriedigung kann man feststellen, daß die Bedenken, die ein Teil des Parteiaktivs gegenüber der Parteilinie bewegt hat, beseitigt wurden Solche Gedenken, die mehr oder weniger klar zum Vorschein kamen, konnten zur Basis für die Hoffnungen einer kleinen Gruppe von Anhängern der dogmatischen Politik werden. Die Vertreter dieser Politik haben dabei Methoden angewandt, die zu ihrer Ausschaltung geführt haben. Sie hatten nicht den Mut, offen dafür einzutreten, da sie auf dem VIII. Plenum (Oktober 1956) aus der Führung der Partei endgültig beseitigt wurden. Sie beschränkten sich also auf Angriffe auf die aktuelle Parteilinie. Es war darin nichts, was man als erwünschte, schöpferische Kritik hätte bezeichnen können...

Ebenfalls scheiterte die illegale, anomyme Aktion zugunsten des Dogmatismus, die in Form einer Verbreitung politischer Schmähschriften durchgeführt wurde. Heute sind von den Anhängern der sektiererisch-domatischen Politik nur kümmerliche Reste geblieben, eine kleine Gruppe verbitterter und enttäuschter Menschen, oft mit großen Ambitionen, die meistens in keinem Verhältnis zu ihren persönlichen Qualitäten standen...

Die Zeit der unbestraften Tätigkeit gegen die Linie und die Einheit der Partei gehört der Vergangenheit an, und zwar seit dem X. Plenum."

Nach dieser aufschlußreichen Analyse der Situation in der Partei widmete GOMULKA einen Teil seiner Ausführungen der sogen. Verifizierung - einer Parteisäuberung -, die nach dem X. Plenum (vor einem Jahre) begonnen hat und inzwischen als abgeschlossen gilt.

"Die Verifizierung, die von November 1957 bis Mai 1958 dauerte, war eine innerparteiliche Kampagne, deren Charakter und Ausmaß völlig neu für die Partei waren. Nach dieser Verifizierung verminderte sich die Partei um 206.737 Personen, was 15,5 % aller Mitglieder und Kandidaten der Partei ausmacht. 86 % dieser Leute wurden von den Parteilisten gestrichen. Es waren passive Menschen oder solche, denen die Sache der Partei gleichgültig war. 14 % wurden dagegen wegen verschiedener Vergehen gegen die Politik der Partei wieVerletzung der Parteidisziplin und Partei-Ethik oder aus anderen Gründen aus der Partei ausgeschlossen. Wegen gewöhnlicher Verbrechen wie Diebstahl, Veruntreuung, Spekulation und Bestechung bezw. wegen Duldung von Verbrechen und des Mißbrauches der Macht wurden 5.884 Personen aus der Partei ausgeschlossen und zum Teil der Staatsanwaltschaft übergeben."

Nach Ansicht GOMULKAs hat die Verifizierung in starkem Maße zur Festigung

der Einheit in der Partei und zur Stärkung ihrer Position nach außen hin beigetragen.

Bei der Besprechung der Aufgaben, die die Parteiorganisationen vor dem III. Parteitag zu erfüllen haben, betonte GOMULKA die Notwendigkeit, die bisherige Wirtschaftspolitik weiter zu realisieren, die es zu einer weitgehenden Stabilisierung auf diesem Gebiet gebracht habe. Besonders wichtig ist - laut Empfehlung des Parteichefs - die vom XI. Plenum des ZK beschlossene Liquidation der Beschäftigungsüberwüchse weiter zu realisieren.

GOMULKA widmete einen Teil seines Referates dem Problem der Arbeiterselbstverwaltung in der Wirtschaft. Seine diesbezüglichen Ausführungen brachten nichts Neues, verglichen mit seinen früheren Äusserungen zu diesem Problem auf dem X. und XI. Plenum. Interessant war die Feststellung, daß es die Partei bis jetzt nicht vermochte, über die Maschinerie der Arbeiterselbstverwaltung Herr zu werden. So lange das nicht erfolgt, werden die Organe der Selbstverwaltung nach Ansicht GOMULKAs nicht normal funktionieren können.

Ganz wie in der stalinistischen Epoche wandte sich GOMULKA an die Arbeiter mit dem Verlangen, sie sollen den III. Parteitag dadurch "ehren", daß alle Betriebe bestimmte Produktionsverpflichtungen auf sich nehmen.

Zu den technischen Einzelheiten der Delegiertenwahlen für den Parteitag übergehend, teilte GOMULKA mit, daß das Politbüro folgenden Wahlmodus vorschlägt: Die Delegierten werden durch die Parteikonferenzen auf Wojewodschaftsbasis und auf den Parteikonferenzen in den großen Betrieben gewählt. Die großen Betriebe bezeichnete GOMULKA als Pfeiler der nationalen Wirtschaft, die Stützen, auf denen die Stärke der Partei und des Sozialismus basiert. Die Wahlen sollen geheim sein. 750 Mitglieder und Kandidaten der Partei wählen einen Delegierten. An dem Parteitag werden ca. 1450 Delegierte teilnehmen, davon ca. 1250 durch die Wojewodschaftsparteikonferenzen und ca. 200 durch die Parteikonferenzen in den großen Betrieben gewählt.
Die Zeit vor dem Parteitag soll durch eine intensive ideologische Offensive der Partei gekennzeichnet werden.

Zum Schluß meinte GOMULKA:

"Unsere Vorbereitungsarbeit zum III. Parteitag muß der Geist des proletarischen Internationalismus beschirmen. In diesem Geiste müssen die Massen der Parteimitglieder erzogen und gefestigt werden. Fundamentales Prinzip unserer Aussenpolitik ist die Festigung der Einheit des Lagers der sozialistischen Staaten...
Diesem Ziele soll der Freundschaftsbesuch der polnischen Delegation in der Sowjetunion dienen...

Unsere Partei erlaubt nicht, daß Polen auf den Weg des Verderbens abgeschoben wird, worum sich viele revisionistische 'Verbesserer' und Feinde des Sozialismus nach Kräften bemühten. Die Versuche, einen Keil zwischen die befreundeten und verbündeten Völker Polens und der SU zu treiben, sind nicht gelungen...

Den internen und auswärtigen reaktionären Kräften gelang es nicht, das polnischen Volk mit dem sowjetischen zu verfeinden. Die Reaktionäre können auch jetzt nicht auf die Früchte der vergifteten Propaganda über die Ungleichheiten in den Beziehungen zwischen Polen und der SU und über das Aufzwingen einer bestimmten Politik durch die SU zählen. Solche Propaganda trifft jetzt ins Leere...

Zwei Jahre Praxis in den polnisch-sowjetischen Beziehungen brachten dem polnischen Volke genug Beweise, daß Polen sich selbständig und souverän regiert, daß niemand sich in unsere internen Angelegenheiten einmischt. Die auf dieser Tatsache basierende polnisch-sowjetische Freundschaft fand im polnischen Volk ein festes Fundament. Sie erblüht nicht nur im Verstand des Volkes, sondern auch in seinem Herzen...

Herr Adenauer kann von der 'freien und souveränen Regierung' träumen, mit der er über die Revision der polnischen Westgrenzen einig wird. Wir dagegen werden konsequent die Sicherheit Polens verstärken und über die Unantastbarkeit seiner Grenzen wachen."

Vor zwei Jahren hat man sich deutlich von der dreisten Verlogenheit der während der Stalinära ständig praktizierten Formulierungen und Redewendungen distanziert. GOMULKA war einer der ersten, der die Notwendigkeit begründete, daß die Parteiführung aufrichtig zum Volke, zur Arbeiterklasse sprechen muß. Diesem Vorhaben ist er aber im letzten Teil seiner Rede, in dem er über die polnisch-sowjetischen Beziehungen spricht, nicht gerade treu geblieben.

3) Aufgabe der Schulen beim Aufbau des Sozialismus

Am 24. September hielt der Parteichef GOMULKA ein Referat vor den Parteifunktionären, die im Schuldienst beschäftigt sind. GOMULKA umriß zuerst die Erfolge des Schulwesens im Nachkriegspolen. Er illustrierte seine Ausführungen mit Zahlen, die eine Verbesserung auf dem Gebiet des Schulwesens im Vergleich zur Vorkriegszeit wiedergeben. Im Jahre 1938 gab es in Polen bei einer Bevölkerung von 35 Millionen 145.000 Absolventen der siebenjährigen Volksschulen. Im Jahre 1958, bei einer Bevölkerung von 28,4 Mill, betrug die entsprechende Zahl schon 275.000. Die Zahl der Lehrer vermehrte sich in den letzten 20 Jahren von 77.000 auf 125.000. Die Zahl der Schulkinder, die auf einen Lehrer kommen, betrug im Jahre 1938 - 61, heute - 33.

> "Trotz dieser Erfolge"- meinte GOMULKA - "erfordert der jetzige Stand unseres Schulwesens eine gründliche Reform. Es besteht ... die Notwendigkeit, unsere Schulen an die heutigen und künftigen Bedürfnisse des sozialistischen Aufbaues anzupassen."

Man plant, die Lehrzeit in den Grundschulen von 7 auf 9 Jahre zu verlängern. Schon allein bei einer Beibehaltung der heutigen siebenjährigen Grundschule würde man bis 1965 über 30.000 neue Schulräume bauen müssen. Die Verlängerung der Schulzeit um zwei Jahre wird die Notwendigkeit des Baues von weiteren mehreren zehntausend Schulräumen nach sich ziehen..

Das wichtigste ist aber, daß sich die Schule am Aufbau des Sozialismus beteiligen muß.

> "Bei den Arbeiten an der künftigen Reorganisierung unseres Schulwesens können wir nicht wenig aus den Erfahrungen der Bruderländer schöpfen. In der Sowjetunion, der DDR und China arbeitet man jetzt daran, wie man die Schule eng mit dem Leben verbinden soll...
>
> Die Formen der Erziehung der Schuljugend müssen verbessert und den Aufgaben, die die Schule im sozialistischen System zu erfüllen hat, angepaßt werden. Eine der ersten Aufgaben unserer Schule ist die Erziehung eines Menschen, der der Zeit, in der er lebt, gewachsen ist, eines Menschen, der imstande und willig ist, sich an dem größten Umschwung aller Zeiten - an der sozialistischen Umformung der menschlichen Gesellschaft - zu beteiligen."

Der wichtigste Teil des Referates von GOMULKA betraf aktuell politische Probleme des polnischen Schulwesens. Auf dieser Ebene zeichnete sich der

eltanschauliche Konflikt zwischen Partei und Kirche ab, der schon vor mehreren Monaten entbrannt ist.

"Die Verfassungs Volkspolens sieht eine Trennung des Staates von der Kirche vor. Das bedeutet, daß der Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche einmischt und gleichzeitig der Kirche nicht erlaubt, die staatlichen Angelegenheiten zu ignorieren. Die Schule unterliegt dem Staate und nicht der Kirche, sie ist eine staatliche Schule.
... Der Staat, bestrebt die beste Atmosphäre in den Beziehungen mit der Kirche zu schaffen, schloß im Dezember 1956 ein Abkommen mit dem Episkopat ab. In diesem Abkommen billigte der Staat die Einführung des Religionsunterrichtes als nicht obligatorisches Schulfach, soweit die Mehrheit der Eltern dies schriftlich fordert."

GOMULKA behauptete, daß dieses Abkommen von einem bedeutenden Teil der polnischen Bevölkerung ohne Begeisterung aufgenommen und sogar scharf kritisiert worden sei. Weiter sagte er:

"Mag sein, der Staat erwartet ein Entgegenkommen der Kirche in ihrer Einstellung zum Staat, indem sich die Kirche auch unserem sozialistischen System gegenüber von dem altrömischen Prinzip leiten läßt:
'Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.'
Mit anderen Worten, daß die Kirche eine positive Haltung dem Staat gegenüber einnimmt. ..

Gemäß der uralten These, daß jede Gewalt von Gott stammt, gewährt die katholische Kirche in allen kapitalistischen Ländern den Regierungen und staatlichen Organen dieser Länder aktive Unterstützung. Das katholische Episkopat in Polen tut aber nichts dergleichen, sondern wirkt offen und insgeheim in entgegengesetzter Richtung. Sollte etwa nach Meinung unserer katholischen Würdenträger nur die Macht der Junger und Kapitalisten von Gott stammen?...

Unser Staat denkt nicht daran, das Abkommen mit der Kirche zu kündigen.
Der Religionsunterricht darf als nicht obligatorisches Fach weiterhin ausserhalb der Zeit des Pflichtunterrichtes stattfinden. Das bedeutet, daß der Religionsunterricht, wo er schon stattfindet, auch in Zukunft nach Beendigung der normalen Unterrichtszeit und nur in Ausnahmefällen vor Beginn des normalen Unterrichts stattfinden soll."

Diese neue Bestimmung ist von großer Bedeutung. Bisher war es üblich, daß der Religionsunterricht während der normalen Unterrichtszeit stattfand, daß also die Kinder, die am Religionsunterricht nicht teilnahmen, das Schulgebäude nicht verließen, weil es sich für eine Stunde nicht lohnte. Aufgrund von Berichten der polnischen Presse wurden sie oft von anderen Schulkollegen unter Druck gesetzt und als "Bolschewisten" und "Juden" beschimpft usw. Bei der neuen Regelung können diese Kinder nach Beendigung des normalen Unterrichtes die Schule verlassen und werden dadurch einer Belästigung nicht ausgesetzt.

Zu der vor ein paar Wochen angeordneten Entfernung der Kruzifixe und Heiligenbilder aus den Schulräumen äusserte sich GOMULKA folgendermassen:

"Im Abkommen zwischen Staat und Kirche wird mit keinem Wort erwähnt, daß in den Schulklassen religiöse Embleme hängen sollen, bezw. daß die Schulkinder gemeinsam vor und nach dem Unterricht beten, oder daß religiöse Praktiken der Jugend unter der Obhut der Schule stattfinden. Die Kirchenleitung hat dem Staat auch niemals um eine Einwilligung dazu ersucht, sicher in der Annahme, daß dies den weltlichen Charakter der Schule löschen und aus ihr eine Bekenntnisschule machen würde. Es war klar, daß sich der Staat damit nicht einverstanden erklären würde."

Aber was die Kirche nicht auf legalem Wege erreichen konnte, erhoffte sie mit anderen Mitteln zu erzielen. Viele Priester haben endwedep persönlich oder durch die gläubigen Schüler verschiedene religiöse Embleme an den Wänden angebracht, vieleReligionslehrer führten die Gewohnheit ein, nicht nur vor dem Relegionsunterricht, sondern überhaupt vor Unterrichtsbeginn oder nach Ende des Unterrichtes gemeinsam ein Gebet zu sprechen. Staatsbehörden verlangten oft vom Episkopat, den Geistlichen diese Praktiken zu verbieten, aber das nützte nichts. Das Episkopat suchte und provozierte direkt Zusammenstösse mit den staatlichen Organen und zwar nicht nur auf dem Gebiet des Schulwesens...

<u>Einen Krieg mit der Kirche suchen wir nicht -</u> das haben wir oft genug bewiesen. Wir erlauben aber auch nicht, daß ein Teil des Episkopats und der Geistlichkeit, die unter dem Volkspolen feindlichen Einfluß der Vatikankreise stehen und Ziele verfolgen, die mit der religiösen Mission der Kirche nichts geminsam haben, indem sie die Rechtsordnung und das politisch-soziale System unseres Staates unterminieren."

GOMULKA berichtete, daß die Anordnung des Ministeriums für Volksbildung über die Beseitigung religiöser Embleme aus den Schulen praktisch schon verwirklicht ist.

Der Kampf mit der Kirche nimmt in der letzten Zeit immer schärfere Formen an. Zum ersten Male seit dem Oktober 1956 konnte man wieder von der Verurteilung eines katholischen Geistlichen lesen. Am 7. Oktober verhängte das Bezirksgericht in Krakau Gefängnisstrafen von acht Monaten über einen Pfarrer, der von der Kanzel gegen die Kommunisten wetterte, sie zum Austritt aus der Partei bewegen wollte und denjenigen mit religiösen Sanktionen drohte, die in der Partei bleiben. So heißt es in dem Bericht der offiziellen Presseagentur PAP.

Der Kampf gegen die Kirche wird übrigens nicht nur von den Kommunisten geführt. Im Oktoberheft der Monatszeitschrift der polnischen Bauernpartei "Wies Wspolczesna" führte man eine massive, offensichtlich von den Kommunisten inspirierte Attacke auf die Kirche, da diese dieBauernpartei "durch klerikale Elemente infiltrieren wollte". Verfasser dieses Artikels ist der Vorsitzende der Bauernpartei Stefan IGNAR.

II. Wirtschaft

1) Mehr Interesse für die Kollektivfarmen

Der polnische Landwirtschaftsminister, das Politbüromitglied Edward OCHAB, kündigte in einem Schreiben an die Präsidien der Wojewodschafts-Nationalräte ("Trybuna Ludu" vom 20. September) an, daß der Staat in Zukunft den schon existierenden und sich noch organisierenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mehr als bisher Hilfe wird zukommen lassen müssen. Der Minister klagte darüber, daß die Bemühungen vieler Kolchosleitungen um die weitere Entwicklung und wirtschaftliche Festigung der Produktionsgenossenschaften zu wenig Unterstützung und wirksame Hilfe bei den Nationalräten und anderen zuständigen Organen finden. Das Hauptübel der jetzt bestehenden Kolchosen liegt in der mangelhaften Struktur, der oft unbegründeten Liquidation der kollektiven Zuchtwirtschaft sowie der Nichtzulassung neuer Mitglieder in viele Produktionsgenossenschaften. Diese negativen Erscheinungen machen aber vielen verantwortlichen Organen keinen Kummer und entwickeln in den Präsidien der Nationalräte kein Verantwortungsgefühl für die weitere Entwicklung der Produktionsgenossenschaften.

Der Minister erwartet, daß die Nationalräte den Kolchosen fachliche Unterstützung bei der Festlegung von Entwicklungslinien der Kolchosenwirtschaft zukommen lassen. Ebenfalls sind die Nationalräte dafür verantwortlich, daß die Kolchosen genügend Qualitätssaatgut und Zuchttiere bekommen. Ebenso müssen sie dafür Sorge tragen, daß die Produktionsgenossenschaften eine Priorität beim Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Ausrüstungen bekommen.

Der I . Sekretär der Partei, GOMULKA, betonte auf dem letzten ZK-Plenum am 15. Oktober ebenfalls, daß man den Produktionsgenossenschaften viel mehr Interesse schenken und ein Programm ausarbeiten müsse, um sie in musterhafte Kollektivfarmen umzubilden. Mit Nachdruck stellte GOMULKA fest, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der einzige Weg ihrer Entwicklung sei. Die Tendenz, den Kollektivfarmen immer größere Staatshilfen zukommen zu lassen,zeichnet sich in der letzten Zeit immer deutlicher ab.

2) Staatsfarmen sollen rentabel werden

Am 9. Oktober wurden im ZK der Partei die Beratungen der für den staatlichen Sektor in der Landwirtschaft verantwortlichen Parteifunktionäre beendet.

Der Landwirtschaftsminister OCHAB umriß in seiner Ansprache die Wege, die eine Rentabilität der landwirtschaftlichen Staatsgüter bringen sollen. In erster Linie hob OCHAB die Notwendigkeit der Entwicklung der Zuchtwirtschaft und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität der Landarbeiter hervor.

Man müsse aber auch einen entsprechenden materiellen Anreiz für diebesseren Arbeitsleistungen der L andarbeiter schaffen. Entsprechende Richtlinien für ein Kollektiv-Arbeitsabkommen für die Landarbeiter werden nach Angaben OCHABs bereits ausgearbeitet.

"In den letzten zwei Jahren verringerte sich die Zahl der Landarbeiter in den Staatsfarmen durchschnittlich um 12 %, gleichzeitig wuchs aber die Produktion dieser Farmen um 11 %. "

Das ist nach Ansicht des Ministers ein beachtlicher Erfolg und eine Bestätigung der Richtigkeit der neuen Landwirtschaftspolitik der Partei.
Als Ziel für das nächste Jahr stellt OCHAB die Aufgabe, daß die Rentabilität der Mehrzahl der Staatsgüter erreicht würde. Im Laufe von 1 1/2 Jahren haben sich die Verluste der Staatsfarmen um 2 Milliarden Zloty werringert. Im Jahre 1958 sollen diese Verluste um weitere 1,5 Milliarden reduziert werden. Jedoch können die Staatsfarmen auch heute noch nur mit Hilfe staatlicher Subsidien existieren, was auf die Dauer für die Staatsfinanzen untragbar ist.

OCHAB widmete einen Teil seiner Ausführungen auch der Kolchosenfrage und stellte fest, daß die Partei es nicht zulassen werde, daß die Entwicklung der Kollektivierung der Landwirtschaft unter Druck erfolge, gleichzeitig werde man aber auch eine Gegenpropaganda - gegen die Kollektivierung - nicht tolerieren.

3) Schätzung der Ernteergebnisse

Laut "Trybuna Ludu" vom 27. September ergibt sich bei Schätzung der diesjährigen Ernte folgendes Bild:

"Trotz der vom Hochwasser und Hagel heimgesuchten Äcker und ungeachtet des späten Frühlingsbeginns sind die Erträge kaum niedriger als im vorigen Jahr, als wir eine gute Ernte hatten. Die Ernteergebnisse bewegen sich etwa auf dem Stand des Vorjahres. Dieses Ergebnis wird durch eine von der staatlichen Ernteinspektion vorgenommene Ertragsschätzung bestätigt. Die Durchschnittserträge der vier Getreidearten belaufen sich auf 14,8 dz, im Vorjahre waren es 15 dz. Während der Landesdurch-

schnitt einen leichten Rückgang erkennen lässt, sind die Erträge in den einzelnen Wirtschaftsgruppen verschieden ausgefallen. In den Einzelwirtschaften sind sie etwas zurückgegangen, um 0,3 dz, in den landwirtschaftlichen Staatsgütern und Produktionsgenossenschaften indessen gestiegen. Die landwirtschaftlichen Staatsgüter ernteten 14,8 dz je Hektar. Die Erträge aller Getreidearten in den Produktionsgenossenschaften betragen 17,5 dz. Erfreulicher ist die Kartoffelernte ausgefallen. Der Durchschnittsertrag je ha erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre um 4 dz und beträgt dieses Jahr etwa 132 dz. Am besten verspricht die Kartoffelernte in den Einzelwirtschaften zu werden - mit 132 dz. In den Produktionsgenossenschaften wird sie auf 122 dz geschätzt - 1957 waren es 103 dz. In den Staatsgütern stiegen die Ernteerträge um 14 dz und machen durchschnittlich 114 dz pro Hektar aus. Die staatliche Ernte-Inspektion rechnet damit, daß die Zuckerrübenerträge etwas unter denen des Vorjahres liegen. Der durchschnittliche Hektarertrag wird mit etwa 205 dz angegeben. Im Landesmaßstab beläuft sich die diesjährige Gesamternte der vier Getreidearten auf 13.543.000 to, das sind 0,1 % mehr als im Vorjahr, das als sehr ertragreich gilt, und 12,2 % mehr als 1956."

Der trotz niedriger Hektarerträge - im Vergleich zum Vorjahr - erzielte höhere Gesamtertrag konnte durch die Vergrößerung der Saatfläche um 141.000 ha erreicht werden. Die Kartoffelernte wird auf fast 36 Mill. dz geschätzt, was 102,5 % des Standes von 1957 und 94,6 % des Standes von 1956 ausmacht.

4) Arbeiterselbstverwaltung

Vor ein paar Monaten kündigte GOMULKA auf dem IV. Gewerkschaftskongreß eine "Erweiterung" der Arbeiterselbstverwaltung an. Die Arbeiterräte, die bis dahin das einzige Organ dieser Selbstverwaltung waren, wurden mit den Betriebsräten (Organen der Gewerkschaft) und den Parteiorganisationen in den Betrieben gekoppelt. Auf diese Weise entstand die sogenannte "Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung", die jetzt das maßgebliche Wort in allen Fragen der Arbeiterselbstverwaltung hat. Die Kompetenzen dieser Selbstverwaltung wurden gleichzeitig beschnitten. Nicht die Leistung der Betriebe, sondern nur die Aufstellung von wirtschaftlichen Richtlinien und die Kontrolle ihrer Ausführung durch die Betriebsdirektion soll ihre Funktion sein.

Auf dem III. Plenum des Gewerkschaftsrates, das am 9. und 10. Oktober in Warscha u stattfand, legte man einen Gesetzesentwurf vor, der eine rechtliche

Grundlage für die Tätigkeit der weitgehend entmachteten und ihrer Selbständigkeit beraubten Arbeiterselbstverwaltung geben soll.

Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Gesetzesvorlage sind folgende:
Den Belegschaften der staatlichen Industrie-, Bau- und Landwirtschaftsbetriebe steht sowohl ein Kontrollrecht über die gesamte Tätigkeit des Betriebes als auch ein Weisungsrecht über wichtige Angelegenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Betriebe zu. Die Belegschaft realisiert die ihr zustehenden Rechte durch die Organe der Arbeiterselbstverwaltung.

Organe der Arbeiterselbstverwaltung sind: Die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung und in der Zeit zwischen ihren Sitzungen die Arbeiterräte und ihre Präsidien.
Die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung ist das Hauptorgan dieser Selbstverwaltung, die befugt ist, über alle Sachen, die in der Kompetenz der Arbeiterselbstverwaltung liegen, zu entscheiden. Die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung (KdAS) setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Arbeiterrates, der Betriebsgewerkschaftsleitung und des Parteikomitees (oder Parteiexekutive) im Betrieb.

Zu den Kompetenzen der KdAS gehören hauptsächlich: Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes, die Bestimmung der grundsätzlichen Linien der Entwicklung des Betriebes (Jahrespläne und langfristigen Pläne laut Richtlinien der nationalen Wirtschaftspläne) und die Entscheidung über wichtige Investierungen aus den dezentralisierten Investitionsfonds.

Zwecks Verbesserung der Tätigkeit des Betriebes darf die KdAS die Richtlinien über Fragen der Verbesserung der Betriebsorganisation, der Technologie des Betriebes, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Beschäftigungspolitik usw. aufstellen, ferner die organisatorische Struktur des Betriebes genehmigen, die Formen und Richtungen des Arbeitswettbewerbes und Berufsschulung der Belegschaft festsetzen und die soziale Arbeitsdisziplin und eine sozialistische Einstellung zur Arbeit und zum Gemeinschaftseigentum befestigen.
Die KdAS beschliesst die Arbeitsordnungsvorschriften im Betrieb, die Aufteilung des ausgearbeiteten Betriebsfonds usw.
Die Sitzungen des KdAS finden mindestens einmal im Vierteljahr statt. Die Teilnahme an der Arbeit der KdAS ist ehrenamtlich. Die Mitglieder haben jedoch das Recht, für die durch den Arbeitsausfall verursachten Verluste Ersatz zu verlangen.

In allen staatlichen Betrieben dürfen Arbeiterräte ins Leben gerufen werden. In Großbetrieben, die sich aus mehreren Abteilungen zusammensetzen, dürfen die Arbeiterräte auch auf Abteilungsebene gebildet werden. Die Arbeiterräte müssen sich zu 2/3 aus Arbeitern zusammensetzen. Die Wahlen zu den Arbeiterräten (AR) werden von den zuständigen Gewerkschaften als geheime Wahlen veranstaltet. Alle Belegschaftsmitglieder sind wahlberechtigt.

Zu den Mitgliedern der AR auf der Betriebsebene gehören ausser den von der Belegschaft gewählten Mitgliedern der Vorsitzende oder ein anderer Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Sekretär oder ein anderer Vertreter des Parteikomitees (der Parteiexekutive). Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Parteiorganisation gehören auch in den AR auf der Abteilungsebene.
An den Sitzungen des AR nimmt von Amtswegen auch der Direktor des Betriebes teil. Im Präsidium des AR im Betrieb müssen auch amtliche Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Parteiorganisation sitzen. Die KdAS bestätigt die Zusammensetzung des Präsidiums der AR.
Zum Aufgabenbereich der ARund ihrer Präsidien gehören insbesondere: Die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der KdAS und die Aufsicht über die Beachtung dieser Beschlüsse durch die Direktion. Hinzu kommt die Entwicklung einer Tätigkeit unter der Belegschaft, die die Erfüllung der Produktionspläne fördern soll. Ferner sollen die Produktionsberatungen sowie die wirtschaftliche und finanzielle Tätigkeit des Betriebes beaufsichtigt werden.
Schliesslich sieht der Beschluß noch die Aufstellung der monatlichen und vierteljährlichen Betriebspläne laut des Jahreswirtschaftsplanes vor.
Zur Kompetenz des Präsidiums der AR gehört u.a. die Begutachtung der Berufung und Abberufung des Direktors. Für die Teilnahme an der Arbeit des AR gelten dieselben Bestimmungen wie im Falle der KdAS. (Ehrenamtlich, Ersatz für Arbeitsausfall). Ohne Genehmigung des AR darf einem Mitglied dieses Rates von der Direktion nicht gekündigt werden.
Die Beziehungen zwischen der Arbeiterselbstverwaltung und der Betriebsdirektion werden wie folgt geregelt:
Sämtliche dienstlichen Anweisungen im Betrieb dürfen nur vom Direktor oder seinem Beauftragten erteilt werden. In Angelegenheiten, die der Kompetenz der Arbeiterselbstverwaltung unterliegen, ist der Direktor das ausführende Organ ihrer Bestimmungen. Der Direktor ist verpflichtet, sämtliche Berichte und Materialien, die zur Arbeit der Arbeiterselbstverwaltung notwendig sind, vorzulegen.

Der Direktor des Betriebes ist verpflichtet, die Ausführung eines Beschlusses der KdAS zu unterbinden, wenn er den bestehenden Rechtsvorschriften oder dem gültigen Betriebsplan zuwiderläuft.

Der Zentralrat der Gewerkschaften und die zuständigen Gewerkschaften beaufsichtigen das richtige Funktionieren der Arbeiterselbstverwaltung gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes. Der Zentrale Gewerkschaftsrat bestimmt den Wahlmodus zu den AR, die Zahl der Mitglieder der AR und ihrer Präsidiumsmitglieder, die Sitzungsperiode der AR, die Art der Abberufung ihrer Mitglieder und auch die Fälle, in denen ein AR aufgelöst werden kann. Für die AR sieht die Gesetzesvorlage eine sehr steife und doppelte Korsettstange vor: Einmal werden sie gezwungen, Vertreter der Gewerkschaften und der Partei aufzunehmen, und zweitens werden sie auf der Ebene der KdAS mit den beiden erwähnten Organisationen gekoppelt. Darüber hinaus kann der Zentralrat der Gewerkschaften jeden AR , der aus der Reihe tanzt, auflösen, oder einzelne Mitglieder ausschalten.

5) Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung Polens in den Jahren 1959-1965

Das letzte Plenum des ZK, auf dem die Einberufung des Parteitages für März 1959 beschlossen wurde, hat auch folgende Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung Polens ausgearbeitet:
Die Grundlage des wirtschaftlichen Aufstieges Polens seien die großen Investitionsanstrengungen und das rasche Industrialisierungstempo. Zur Zeit seien mit Investitionsvorhaben unmittelbar über 1,5 Mill. Arbeitskräfte beschäftigt, das seien 20 % aller außerhalb der Landwirtschaft Tätigen.

a) Erfüllung des Fünfjahrplanes 1956 bis 1960

Es ist eine durchschnittliche Produktionszuwachsrate von 9,5 % jährlich erreicht. Es ist damit zu rechnen, daß die im Sejmbeschluß über den Plan für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1956-1960 vorgesehene wertmässige Produktionssteigerung der sozialistischen Industrie um 49 % mit mindestens drei Prozent überboten wird.
Auf dem Gebiet der Produktion von Produktionsmitteln werden die Kontrollziffern in wertmässiger Hinsicht erreicht. Bei einer Reihe von Gütern wurden Änderungen des Planes verfügt: So ist vorgesehen, daß die Stahl-

Produktion im Jahre 1960 6,4 Mill. to betragen wird, statt der geplanten 7 Mill. to, die Steinkohlenproduktion 103 Mill. to statt 105 Mill. to, die Schwefelsäureproduktion 668.000 to statt 723.000 to und die Produktion von Stickstoffdünger 270.000 to statt der geplanten 298.000 to. Gleichzeitig werden bis 1960 Hochseeschiffe mit einer Gesamttonnage von 270.000 dwt in Dienst gestellt statt der geplanten 224.000 dwt, im Jahre 1960 2.200 Stück Autobusse gebaut statt der geplanten 1.600 Stück und 17.500 Stück Werkzeugmaschinen statt der geplanten 16.500 Stück.

In den Jahren 1956 bis 1958 hat sich die landwirtschaftliche Produktion günstig entwickelt. Die Getreideerträge waren in den Jahren 1956 bis 1958 durchschnittlich 0,5 dz je ha höher, als im Fünfjahrplan veranschlagt war und erreichten in den drei genannten Jahren eine Durchschnittshöhe von 14,5 dz pro ha.

Die Investitionsaufwendungen in der Volkswirtschaft bewegten sich im Laufe der verflossenen drei Jahre auf einem Stand, der nur wenig unter dem des Jahres 1955 lag. Die Investitionszunahme in den Jahren 1955- 58 machte in der gesamten Wirtschaft etwa 3 % aus, davon in der volkseigenen Wirtschaft etwa 2 Prozent.

Der überwiegende Teil der Wachstumsrate des Nationaleinkommens in den Jahren 1956-58 wurde für eine Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verausgabt.

Die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Fünfjahrplanes - im Jahre 1960 eine Erhöhung der Reallöhne sowie der Realeinnahmen der Bauern um 30 % gegenüber 1955 zu erreichen, dürfte voll und ganz erfüllt werden.

b) Richtlinien des Wirtschaftsplanes 1961 bis 1965

Bei der Festlegung des Wachstumstempos der Wirtschaft und der Aufschlüsselung des Nationaleinkommens müsse berücksichtigt werden, daß die sozialistische Industrialisierung des Landes fortzusetzen und die Produktivkräfte des Landes zu mehren sind.

Das Wachstumtempo der Wirtschaft werde auch durch eine Reihe von für die kommende Periode spezifischen Gegebenheiten bedingt, insbesondere durch die

Zunahme der Bevölkerung. Die natürliche Bevölkerungszunahme ist zurzeit in Polen eine der höchsten in der Welt; sie schwankte in den Jahren 1950 - 1958 zwischen 18,0 und 19,5 je Tausend Einwohner jährlich. Der demographischen Voraussage zufolge wird sich die Bevölkerungszahl Polens von etwa 30 Mill. im Jahre 1960 auf annähernd 32,3 Mill. Im Jahre 1965 erhöhen.

Eine Analyse der Entwicklungserfordernisse und -bedingungen der Volkswirtschaft in den Jahren 1961-1965 lässt erkennen, daß der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen von 16,8 % im Jahre 1960 auf 18 % im Jahre 1965 (nach Preisen von 1958) anwachsen wird.
Eine unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes ist der größtmögliche Ausbau einer eigenen Rohstoffbasis. Um ein rasches Entwicklungstempo der Wirtschaft zu erreichen, müsse Polen ein Land des grossen Exportes werden.

Aufgrund einer ersten Analyse der Möglichkeiten werden für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1961-65 folgende Kontrollziffern für die Grundrichtungen und das Tempo der Wirtschaftsentwicklung angenommen:

1) im Jahre 1965 soll eine Wachstumsrate der Industrieproduktion von etwa 50 % gegenüber der voraussichtlichen Planerf üllung von 1960, d.h. von 80 % gegenüber 1958 erreicht werden; bei der landwirtschaftlichen Produktion sind es entsprechend etwa 20 % gegenüber 1960 und etwa 30 % gegenüber 1958, was gewährleisten müsste, daß das Nationaleinkommen in dieser Zeit um etwa 40 % anwächst.

2) In der volkseigenen Wirtschaft außerhalb der Landwirtschaft sollen die Voraussetzungen für eine zusätzliche Beschäftigung von etwa 1 Mill. Werktätigen im Zeitraum 1961-1965 geschaffen werden, unter Zugrundelegung, daß 80 % des industriellen Produktionswachstums durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt werden.

3) Im Jahrfünft 1961/1965 sollen die Bruttoinvestitionsaufwendungen (einschliesslich der Eigenmittel der Bevölkerung für Wohnungsinvestitionen, Produktionsinvestitionen in der Landwirtschaft usw.) orientierungshalber um etwa 46 % gegenüber dem Jahrfünft 1956-1960 erhöht werden.

4) Der Wohnungsbau soll von 1,2 Mill. Wohnräumen im Jahrfünft 1956-60 auf 2 Mill. Wohnräume in Städten und Siedlungen erweitert werden (staatliche Mittel und Eigenmittel der Bevölkerung im Jahrfünft 1961-65 zusammengenommen.

5) Die Produktion der gesamten Industrie soll in den Jahren 1961-1965 um etwa 50 % steigen, was bedeutet, daß im Jahre 1965 ein etwa zehnmal so großer Produktionsausstoß erzielt wird, wie 1938.

Die Produktion an wichtigen Industrierzeugnissen soll orientierungshalber im Jahre 1965 betragen: Steinkohle - 111,5 Mill. to, Elektroenergie - 41,5 Milliarden kWh, Rohstahl 8,8 Mill. to, Werkzeugmaschinen für spanabhebende Verformung - 250.000 Stück, Lastkraftwagen - 30.500 Stück, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte - für einen Wert von 2.200 Mill. Zloty (in vergleichbaren Preisen), Hochseeschiffe - 440.000 dwt, Schwefelsäure (in Umrechnung auf 100 %) - 1.060.000 to, Zement - 10 Mill. to, Baumwollgewebe - 790 Mill Meter, Wollgewebe - 100 Mill. Meter.

Im Abschnitt "Landwirtschaft" heißt es, daß geplant ist, im Jahre 1965 folgende ha-Erträge zu erzielen: Getreide - 17,5 dz, Kartoffeln - 160 dz, Rüben 236 dz. Es wird geschätzt, daß der Rinderbestand im Jahre 1965 11 Mill. Stück, der Schweinebestand 16.600.000 Stück betragen wird.

Außenhandel: Der Handelsaustausch mit dem Ausland ist allseitig zu erweitern. Insbesondere sind auf der Grundlage der internationalen Arbeitsteilung die Umsätze mit den sozialistischen Ländern wesentlich zu erhöhen. Auch mit den unterentwickelten Ländern, den potentiellen Lieferanten von Rohstoffen, die von der Wirtschaft Polens benötigt werden, und Abnehmern von Maschinen und anderen Artikel, die von unserer sich entfaltenden Industrie hergestellt werden, ist eine beträchtliche Warenumsatzsteigerung zu erreichen. Gleichzeitig sind die traditionellen Handelsbeziehungen zu den europäischen und überseeischen Ländern weiter zu pflegen und zu entfalten.
Die Warenumsätze sollten im Jahre 1965 die im Jahre 1957 erreichte Höhe um mindestens 35 % übersteigen.

Der Export von Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln, der im Jahre 1957 780 Mill. Devisenrubel ausmachte, ist im Jahre 1965 auf etwa 2.300 Mill. Rubel zu forcieren, wobei der Export von Schiffen und rollendem Eisenbahnmaterial erhöht und auch der Export anderer Maschinen und Ausrüstungsgruppen, insbesondere kompletter Industrieobjekte, entwickeln wird. Im Endergebnis ist ein bedeutender Überschuß des Investitionsgüterexports gegenüber ihrem Import zu erreichen. Die Anteilquote der Maschinen und Ausrüstungen am Bruttoexport soll von 20 % 1957 auf 38 % 1965 steigen.

Im weiteren sehen die Richtlinien vor, daß die Bruttoinvestitionen in der Volkswirtschaft etwa 492 Milliarden Zloty betragen werden, gerechnet nach Preisen von 1958. Dies bedeutet eine Erhöhung der Investitionsmittel gegenüber dem laufenden Jahrfünft um ca. 150 Milliarden Zloty oder um über 46 %.

Im Zeitraum 1961 - 1965 ist eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie um etwa 40 % zu erreichen. Das bedeutet, daß 80 % des Produktionswachstums in dieser Zeit durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt werden. Die Beschäftigungszunahme in der Industrie wird in der Zeitspanne 1961-65 etwa 300 000 betragen. Beträchtlich zunehmen soll die Beschäftigung in der Volkswirtschaft in den Jahren 1961-1965 im Sektor Dienstleistungen. Die Beschäftigungszunahme in der gesamten sozialistischen Wirtschaft ist für die Zeitdauer 1961-1965 mit etwa 1 Mill. zu veranschlagen.

III. Kulturelle und soziale Probleme

1)Fernsehen soll die Rettung bringen

Vor zwei Jahren hat der Oktoberumschwung eine Institution praktisch liquidiert, die in der stalinistischen Zeit eine wichtige Rolle spielen sollte, ohne sie allerdings jemals gespielt zu haben. In allen Arbeitsbetrieben und auch auf dem Lande hat man die sogen. Kulturräume geschaffen, wo die Arbeiter (bezw. Dorfbewohner) ihre arbeitsfreie Zeit beim Lesen von Zeitungen und Büchern, beim Schach oder Tischtennisspiel usw. verbringen sollten. Die stalinistische Doktrin sah deutlich die Gefahr, die entstand, wenn sie gestattete, daß die Arbeiter ihre Freizeit nach eigenem Belieben unkontrolliert gestalteten. Sowohl bei der Arbeit als auch in der Freizeit sollte der Mensch ununterbrochen unter dem Beschuß der kommunistischen Propaganda stehen. So wurden also auch die sogen. "Kulturräume" sehr deutlich auf die propagandistischeWirkung ausgerichtet. Unter den zur Verfügung stehenden Büchern konnte man kaum etwas anderes als Stalinwerke oder andere Parteibroschüren finden, das Radio wiederholte die gleichen Slogans und Losungen. Die Räume waren meist lieblos und düster eingerichtet und im Winter kalt. So kam es bald, daß sie völlig leer standen. Sie fristeten ihr kümmerliches Dasein noch jahrelang, bis endlich der Oktober sie wortwörtlich wegfegte. Über 90 % solcher "Kulturräume" wurden aufgelöst und anderen Zwecken zugeführt.

Der Zerfall der Kulturklubs geschah sehr zum Leidwesen der Parteifunktionäre, die sie gerne reformiert hätten, um zu versuchen, ihre propagandistische Wirkung zu steigern. Aber niemand kam ein rettender Einfall, wie man die Kulturklubs attraktiv machen konnte, bis man sich eines Tages auf das Fernsehen besann. Früher konnte das allerdings niemanden einfallen, weil das Fernsehen bis vor kurzem in Polen noch in den Kinderschuhen steckte. Jetzt ist die Zahl der Fernsehsender schon groß genug und erreicht die wichtigsten Gebiete des Landes. Die Zahl der registrierten Fernsehapparate beträgt zwar vorläufig nur 80.000, aber gerade diese Tatsache war für die neue Initiative von Vorteil. Ein Durchschnittsarbeiter kann nicht im Traum daran denken, sich ein Fernsehgerät anzuschaffen. Es gibt aber sehr viele, die sich gern das Programm ansehen würden. Ein paar pfiffige Parteifunktionäre sahen hierin die Chance für die Wiederbelegung der "Kulturklubs". Man will also den Versuch machen, probeweise mehrere Klubs mit Fernsehgeräten auszustatten, um festzustellen, welche Anziehungskraft sie auf die Arbeiter haben. Wenn das Experiment gelingt, dann wird es endlich nach Jahren möglich sein, die

Arbeiter auch in der Freizeit in einem Raum zu versammeln, wo man sie neben der Unterhaltung auch politisch oder ideologisch ausrichten kann. Wird die Propaganda jedoch in keinem vernünftigen Verhältnis zur Unterhaltung stehen, wird sie in zu großen Dosen oder zu plump eingetrichtert - so kann man schon heute das Mißlingen auch dieses Experimentes voraussagen.

2) Wissenschaft frei, aber auf der Basis des Marxismus

So ungefähr formulierte der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ die Aufgabe der Wissenschaft in Polen bei einer Ansprache, die er aus Anlaß des Beginns eines neuen Hochschuljahres in der Aula der Warschauer Universität hielt.

CYRANKIEWICZ meinte, es würden alle Hindernisse, die einer freien Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung im Wege standen, weggeräumt. Auch die wissenschaftliche Diskussion und Kritik kann sich heute frei entwickeln. Der Dogmatismus in der Wissenschaft wurde überwunden, gleichzeitig traten in Polen Versuche "der revisionistischen und bourgeoisen Vulgarisierung der Wissenschaft, Versuche, die Wissenschaft vom Marxismus und von marxistischen wissenschaftlichen Methoden zu trennen", auf.

> "Wir müssen diesen Versuchen den Kampf ansagen " - meinte der Ministerpräsident - "und wir müssen verstehen, diesen Kampf zu gewinnen. Allerdings dürfen wir dabei nicht in die Vulgarisierung des Marxismus zurückfallen, weil das ein Phyrrhussieg wäre...
> Wollte jemand unseren Kampf mit den revisionistischen Tendenzen in der Wissenschaft als die Abkehr vom Oktober verschreien, so muß man feststellen, daß er vom 'Oktober' etwas anderes erwartete, als ein sozialistischer Oktober bringen konnte. Oktober bedeutet jedoch ausschließlich die Möglichkeit einer Festigung des Sozialismus auf allen Gebieten, also auch in der Wissenschaft."

Polen und das Ausland

"Unser deutscher Verbündeter"

Die Beziehungen zwischen Polen und dem Sowjetzonenstaat gelten heute als normalisiert. Das lag gewiß nicht an den Polen, wenn sie lange Zeit nach dem Oktoberumschwung durch die von ULBRICHT gesteuerte anti-GOMULKA-Hetze getrübt waren.

Trotzdem waren es die Polen, die nach Ablauf einer gewissen Zeit die ersten Gesten machten, um einen "Bruderzwist" zu beenden. Zunächst war es die Verflechtung vieler wirtschaftlicher Interessen, die Polen zu diesem Schritt veranlasste. GOMULKAs Bemühungen um die Versöhnung mit den mißtrauischen Sowjets und ihren Satelliten konnte den ULBRICHT-Staat nicht unberücksichtigt lassen. Die langsame Normalisierung brachte schon im vorigen Jahre einen GOMULKA-Besuch in der DDR. Der Empfang war höflich aber kühl, der Besuch wurde bis jetzt nicht erwidert. Alle versöhnlichen Gesten der Polen wurden auch später auf diese Weise beantwortet, wenn auch die Kühle der Pankower Machthaber sich mit der Zeit in eine nur noch wenig spürbare Zurückhaltung milderte. Noch vor ein paar Monaten beschwerten sich die polnischen Vertreter in Berlin über d as mangelnde Interesse der SED-Presse an polnischen Angelegenheiten. In der polnischen Presse dagegen erscheinen fast täglich Berichte aus der DDR, in denen man die wirtschaftlichen Erfolge hervorhebt, den Erfindergeist der Deutschen lobt usw.

Zum sogen. Feiertag der Gründung der DDR, am 7. Oktober, brachte jede polnische Zeitung auf der ersten Seite große Grußartikel, in denen man die westlichen Nachbarn als Freunde und Verbündete apostrophiert. So schreibt z.B. "Trybuna Ludu".

> "Unter der Führung der SED vermochte es die deutsche Arbeiterklasse auf den Trümmern des 3. Reiches, gestützt auf die Planwirtschaft und die breite Hilfe der befreundeten Länder des Friedenslager (unter ihnen auch Volkspolen), aus der DDR einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor zu machen, der auf verschiedenen Weltmärkten mit Erfolg mit Westdeutschland konkurriert....
>
> Neun Jahre des Bestehens der DDR zeigen auch, daß sie ein wichtiges Element der internationalen Politik geworden ist und ernstlich zur Festigung des Friedens in Europa beigetragen hat. Für uns Polen ist die

Tatsache bewonders wichtig, daß die DDR durch die Anerkennung der Grenzen an der Oder und Neiße zu gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern beitrug, die den Abschluß der unrühmlichen Karte deutsch-polnischer Beziehungen in der Vergangenheit brachte...

Für uns Polen" - fährt das polnische Parteiblatt fort - " ist es nicht gleichgültig, ob die antipolnische Kampagne, die programmäßig in der Bundesrepublik entwickelt wird, sich weit hinter der Elbe abspielt oder direkt an unserer Westgrenze. Die Tatsache, daß dazwischen die mit uns befreundete DDR liegt, bringt in hohem Maße eine Abschwächung der Revanchepropaganda in der Bundesrepublik, weil jedem Deutschen klar wird, daß der Marsch nach dem Osten über einen Bürgerkrieg in Deutschland führt."

In Polen scheint man entschlossen zu sein, trotz der immer noch von ULBRICHT gezeigten "kalten Schulter" nicht eher zu ruhen, bis die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht nur normal, sondern gut und herzlich sind. Wie einst vor dem Oktober...